

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Katja Dörner, Sven-Christian Kindler, Dr. Tobias Lindner, Fritz Kuhn, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Katrin Göring-Eckardt, Maria Klein-Schmeink, Markus Kurth, Beate Müller-Gemmeke, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Elisabeth Scharfenberg, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7111, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012  
(Haushaltsgesetz 2012)**

**hier: Einzelplan 11  
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Kürzungen bei den Eingliederungsleistungen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger und den Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden zurückgenommen. Dafür ist in Kapitel 11 12 (Titelgruppe 01) der Titel 685 11 – Leistungen zur Eingliederung in Arbeit – um 900 Mio. Euro zu erhöhen. In Kapitel 11 12 (Titelgruppe 01) ist der Titel 636 13 – Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende – entsprechend um 236 Mio. Euro zu erhöhen.

Berlin, den 22. November 2011

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

### **Begründung**

Während die Langzeitarbeitslosigkeit im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) nur in geringem Maße zurückgegangen ist, wird bei der Förderung deutlich überproportional gekürzt. Dies wird zu Lasten von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen gehen. Zurückbleiben werden vor allem diejenigen, die einer besonders intensiven Förderung bedürfen. Insbesondere Langzeit-

arbeitslose und Geringqualifizierte sind auf eine bessere Unterstützung, Betreuung und Qualifizierung angewiesen. Um auch diesem Personenkreis neue Jobchancen zu eröffnen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss mehr in Qualifizierung investiert werden.

Die im SGB II angestrebten Betreuungsschlüssel für die Vermittlung und Betreuung von Arbeitsuchenden werden derzeit weder bei den unter 25-Jährigen noch bei Älteren erreicht. Eine bessere Relation von Arbeitsvermittlern zu Arbeitslosen verringert die Dauer der Arbeitslosigkeit. Die geplante Kürzung bei den Verwaltungskosten wird zu weiteren Personalengpässen führen und die Personalfuktuation in den Jobcentern anhaltend hoch ausfallen lassen. Dies geht erfahrungsgemäß zulasten der Qualität. Eine gute und nachhaltige Vermittlung in Arbeit erfordert eine ausreichende Mittelausstattung.